

Aussagegenehmigungen für die Vernehmung als Zeugin / Zeuge

Seite - 1 -

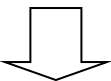
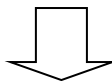
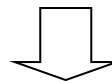
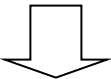
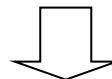
Grundsätzlich ist Jobcenter team.arbeit.hamburg nicht nur gegenüber den Gerichten, sondern auch gegenüber anderen Behörden verpflichtet, Ersuchen auf Tätigkeit einer Aussage nachzukommen.

Nur im Einzelfall kann hiervon abgewichen werden, wenn z.B. bei einem Beschäftigten ein Recht auf Verweigerung der Aussage nach den §§ 52-55 StPO besteht, bei Bedrohung von Leib und Leben, bei einem entsprechenden Krankheitsbild etc.

2. Rechte und Pflichten bei Ladung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters von Jobcenter team.arbeit.hamburg in dienstlichen Angelegenheiten

Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen zu allen Themen aussagen, die mit dem in der Ladung benannten Beweis-thema in Zusammenhang stehen.

Mitarbeiter/-in erhält Ladung als Zeugin/Zeuge

a) von einem Ge- richt	b) von der Staats- anwaltschaft	c) von der Polizei oder anderen (Er- mittlungs-) Behör- den
		
Mitarbeiter/-in muss erscheinen	Mitarbeiter/-in muss erscheinen	Mitarbeiter/-in <u>soll</u> erscheinen
		
Mitarbeiter/-in <u>muss</u> aussagen, <u>soweit Sozialdaten</u> <u>betroffen sind, nur</u> <u>sofern ein</u> <u>Übermittlungs-</u> <u>tatbestand des SGB</u> <u>X dies erlaubt.</u>	Mitarbeiter/-in <u>muss</u> aussagen, <u>soweit Sozialdaten</u> <u>betroffen sind, nur</u> <u>sofern ein</u> <u>Übermittlungs-</u> <u>tatbestand des SGB</u> <u>X dies erlaubt.</u>	Mitarbeiter/-in <u>kann</u> aussagen, <u>soweit</u> <u>Sozialdaten</u> <u>betroffen sind, nur</u> <u>sofern ein</u> <u>Übermittlungs-</u> <u>tatbestand des SGB</u> <u>X dies erlaubt.</u>
Mitarbeiter/-in benötigt Aussagege- nehmigung	Mitarbeiter/-in benötigt Aussagege- nehmigung	Mitarbeiter/-in möchte aussagen: Mitarbeiter/-in benötigt Aussagege- nehmigung
Die Zeugin / der Zeuge hat gem. §§ 52-55 StPO die Möglichkeit der Aussageverweigerung in den dort genannten Fällen.		

**Belange des
Sozial-
datenschutzes
sind zwingend
zu beachten**

**(Siehe: Über-
sicht über die
SGB X-Über-
mittlungs-
tatbestände im
t.a.h.-Intranet)**

4. Arbeitszeit / Kosten

Die Tätigkeit als Zeugin / Zeuge gilt als Arbeitszeit.
Die dienstlich veranlasste Vorsprache bei einem Gericht, bei der Staatsanwaltschaft oder bei Ermittlungsbehörden stellt einen Dienstgang dar. Daher werden keine weiteren Kosten (Verdienstausfall etc.) bei Gericht geltend gemacht und es findet auch kein Erstattungsverfahren statt.
Die Genehmigung des Dienstganges gilt bei Unterzeichnung der Aussagegenehmigung durch die /den Vorgesetzte/-n als erteilt.

**Gesetzliches
Aussage-
und Zeugnis-
verweigerungs-
recht**

Dienstgang

gez. Weiße

- stellvertretender Geschäftsführer -